

Sozialistische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Papen - Notverordnung!

Abbau aller Unterstützungen / Beschäftigten- u. Salzsteuer / Umsatzsteuerverschlechterung / Geschenke für Subventionsempfänger

Wieder im Kampf!

* 14. Juni 1932

Die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ tritt nach einer Woche Verbot nun wieder ein in den politischen Kampf des deutschen Proletariats. Die Regierung wußte, was sie tat, als sie gerade das Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei in dieser stürmischen Entwicklung der politischen Ereignisse für eine Woche zum Schweigen verurteilte. Es liegt darin begriffen die Anerkennung, daß unsere Politik es ist, daß die von unserer Partei in ihrem Organ täglich der proletarischen Öffentlichkeit ins Bewußtsein gerufenen Aktionsnotwendigkeiten es sind, die die Regierung am meisten fürchtet. Mehr fürchtet als die mit viel Pathos angekündigte parlamentarische „Opposition“ der Sozialdemokratie; mehr fürchtet auch als jene Politik der KPD, die zwar kühne revolutionäre Worte gebraucht, aber in der Praxis mehr und mehr zur Schwächung der proletarischen Aktionskraft führt statt zu ihrer Stärkung.

Auch unsere besonderen Freunde in den Redaktionen bürgerlicher „Oppositions“-blätter haben mit Mißbehagen die Anerkennung gespürt, die darin lag, daß die neue Regierung kurz nach ihrer Erklärung, sie werde die Pressekritik loyaler behandeln als die Brüning-Regierung es tat, als erste und bisher einzige Zeitung die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ verboten hat. Der Kommentar, den z. B. das „Acht-Uhr-Abendblatt“ unserm Verbot hinzufügte — ein Blatt, in dessen Redaktion ein von der sozialdemokratischen zur bürgerlichen Presse übergelaufener Redakteur wirkt — gibt sich nicht einmal Mühe, den Aergers über diese Anerkennung unseres Wirkens zu verbergen. Daß die nationale Presse hetzte und verschärfte Maßregeln forderte, versteht sich von selbst. In der proletarischen Presse zeigte sich im allgemeinen eine erfreuliche Solidarität; sogar der „Vorwärts“ schämte sich ein wenig, daß ausgerechnet der Sozialdemokrat Grzesinski das Verbot aussprach, und vergaß dabei nur, daß derselbe Grzesinski durch seine ungerechtfertigten „Verwarnungen“ überhaupt erst die formalen Voraussetzungen für das Verbot geschaffen hat. Eine besondere Rolle in der sozialistischen Presse spielte der „Funke“, das Blatt des JSK, der es fertig brachte, das Verbot nicht nur halb zu decken, sondern damit geradezu eine Denunziation zu verbinden, die sich nicht nur gegen uns, sondern zugleich auch gegen die kommunistische Presse richtete.

Der saubere „Funke“ hat ebenso Unrecht wie Herr Grzesinski im Text seines Verbots: Es ist nicht das Wort, um dessentwillen wir verboten wurden; es sind nicht ein paar Sätze oder Wendungen — es ist der Geist unseres Kampfes, den die Bourgeoisie fürchtet — fürchten muß und fürchten soll. Im Fluß dieser raschen Entwicklung braucht das Proletariat jeden Tag, um am Werk der einheitlichen Klassenaktion zu wirken. Und diese Klassenaktion in jener Form, unter jenen Voraussetzungen, die allein den Erfolg herbei-

Berlin, 14. Juni 1932

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns der Wortlaut der neuen Notverordnung zu, eine umfangreiche Broschüre, auf deren Abdruck wir verzichten müssen. Unter dem Stichwort „Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung“, sowie „Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“ wird mit dieser Notverordnung ein neuer Peitschenschlag gegen die Opfer der Krise des Kapitalismus verübt. Rund eine Milliarde Mark neuer Belastungen der Werktätigen, nicht ein Pfennig Belastung der Kapitalisten und Besitzenden, wohl aber neue Millionen erleichterungen für die Subventionsbezieher, das ist der wahre Inhalt dieser Notverordnung, auf die wir im einzelnen in unserer nächsten Ausgabe zurückkommen.

★

Als Brüning von Hindenburg gestürzt und Papen eingesetzt wurde, hieß es zu der Begründung des Kanzlersturzes: Das Brüningregime hat sich unmöglich gemacht, die Belastungen der Notverordnungsdictatur, die Einschränkungen der Freiheiten müssen ein Ende haben!

Heute, drei Wochen später, zeigt die neue Diktatur-Regierung, welche Belastungen und Freiheitsbeschränkungen ein Ende haben, und welche jetzt erst recht beginnen!

Eine neue Notverordnung ist da, wohl-gemerkt noch nicht die vorbereitete nächste große Notverordnung der Papenregierung, sozusagen nur eine kleine Vorkost — und diese

führen können, wird von keiner anderen politischen Kraft so wirksam vorbereitet wie von der Sozialistischen Arbeiterpartei. Darum mußten wir eine Woche schweigen. Eine Woche wieder gewonnen für die Bourgeoisie, eine Woche wieder verloren für die Politik der Sammlung der proletarischen Organisationen.

Aber die Bourgeoisie täuscht sich! Eine revolutionäre Bewegung stützt sich nicht nur auf das gedruckte Wort. Sie stützt sich auf die realen Bedingungen des Kampfes, auf die Kampfbereitschaft der revolutionären Massen. Und an diesen Bedingungen arbeitet niemand wirksamer und eifriger als dieselbe Papen-Regierung, die uns zu schweigen befahl. Sie schuf in dieser Woche und noch am letzten Tage mit ihrer neuen Notverordnung unzählige neue reale Bedingungen des proletarischen Widerstandes. Eine revolutionäre Bewegung stützt sich mehr als auf das gedruckte Wort auf die Aktivität jedes einzelnen ihrer Mitglieder, und diese Aktivität ist in allen Teilen des Reiches bei unseren Genossen durch das Verbot der „SAZ“ nur aufs äußerste gesteigert worden. Gerade in dieser Woche unseres erzwungenen Schweigens haben unsere Genossen an mehreren Orten ihre zähe und schwere Arbeit gekrönt gesehen durch das Zustande-

belastet die Werktätigen bereits mit rund einer Milliarde!

Sie vermeidet ängstlich auch nur die geringste Heranziehung der Kapitalisten und Junker! Von Arbeitszeitherabsetzung ist nicht mehr die Rede. Nicht einmal ein Versuch, „neue Wege“ anzudeuten, wovon so viel die Rede war. Dafür aber unentwegt weiter auf den Pfaden, die Herr Brüning gegangen ist. Von Brüning zu Papen, das stellt sich schon heute auch für diejenigen, die noch zweifeln konnten, als Fortschritt vom Regen in die Traufe der Massenausplünderung und der Geldsackschönung heraus!

Und zu den neuen furchtbaren Belastungen der Werktätigen auch zugleich neue Erweiterung des Diktaturregimes! Während Herr von Gayl noch gestern eine „Milderung“ der Pressenotverordnung ankündigte, wird heute veröffentlicht, daß Zeitungen oder Zeitschriften von nun an schon verboten werden können, wenn sie „lebenswichtige Interessen des Reiches durch Veröffentlichung oder Verbreitung unwahrer oder entstellter Nachrichten gefährden“. Es handele sich vor allem um den Schutz der „auswärtigen Interessen des Reiches und der Landesverteidigung!“ Was das in der Sprache der Generalsdiktatur bedeutet, braucht nicht näher erörtert zu werden. Nach dem Muster der Ossietzki-Justiz, nach der Hetze der Koroddi-Clique wird jede selbstverständliche Kritik der Korruptionsmethoden der neuen Kriegs- und Bürgerkriegshetze mit Unterdrückung und Verbot der Kritiken beantwortet werden!

kommen von proletarischen Einheitsaktionen, während an allen anderen Orten die Aufrüttelung der Proletarier zum Zusammenschluß in der Aktion mit verstärkten Kräften fortgesetzt wurde. Was durch unser Verbot an Wirkungsmöglichkeit genommen wurde, es wurde wett gemacht durch die gesteigerte Tätigkeit der Genossen im Betrieb, in den Gewerkschaften, Sportorganisationen, auf den Stempelstellen.

Und nun erhebt auch die „SAZ“ wieder ihre Stimme und reiht sich wieder ein in dieses Ringen um die proletarische Klassenaktion. Sie wird nicht nachlassen in ihrer sachlichen und scharfen Kritik an den verhängnisvollen Fehlern der KPD- und SPD-Politik, aber sie wird nach wie vor ihre ganze Kraft einsetzen, diese Parteien und alle anderen proletarischen Organisationen zusammenzuführen, über alle politischen Differenzen hinweg zu der gemeinsamen praktischen Aktion, die die Stunde immer gebieterischer fordert: zum proletarischen Widerstand gegen Faschismus und Ausbeutung. Und unsere Genossen werden dafür sorgen, daß diese Stimme in noch viel breiteren Kreisen des Proletariats gehört wird als bisher, indem sie unserer Zeitung mit verstärkter Aktivität neue Leser zuführen.

Die „SAZ“ steht wieder in der Front. Der Kampf geht weiter!

Und zugleich wird die Hitlerische Bürgerkriegsarmee, die SA, wieder erlaubt.

Wo der Diktaturapparat nicht ausreicht, soll die faschistische Terrororganisation eingesetzt werden.

Im einzelnen sieht die neue Notverordnung vor:

180—200 Millionen Mark Unterstützungsabbau der Erwerbslosen!

120 Millionen Mark Krisenunterstützungsabbau!

150 Millionen Mark Wohlfahrtsunterstützungsabbau!

400—500 Millionen Mark Beschäftigungssteuer!

100 Millionen Mark Rentenabbau der Kriegsoffer!

60 Millionen Mark neue Neger-, genannt Salzsteuer!

Dazu nicht etwa eine Beseitigung der bisherigen Negersteuer — der Bürgersteuer —, vielmehr ihre „Neugestaltung“, sie wird den Ländern zur Eintreibung überwiesen!

Dazu weiter eine neue Belastung der kleinbürgerlichen Geschäftstreibenden durch die Aufhebung der bisherigen 5000-Mark-Freigrenze der Umsatzsteuer. Neue preistreiberische Wirkungen dieses Punktes der Notverordnung für die Waren des Massenbedarfes und neue Bankrottserien der kleinen Geschäftsleute sind gewiß! 150 Millionen Mehreinnahmen erwartet die Regierung durch diese Maßnahme!

Dazu die Ankündigung der „Arbeitsbeschaffung“ mit Hilfe des „freiwilligen Arbeitsdienstes“, für dessen Organisation 20 Millionen angesetzt sind!

Das also ist der erste Schritt der Regierung, die selbst von den christlichen Gewerkschaften als die Regierung der Konzentration der Geldsäcke bezeichnet wird.

Keine einzige der ungeheuerlichen Belastungen, die das Brüning'sche Regime bereits verhängte, wagte einen so furchtbaren Schlag gegen die Werktätigen, wie diese erste kleine Notverordnung der Papen-Regierung.

Vergeblich ist die Hoffnung auf ihre Rettung durch Bürgerkriegsknechte der braunen Armee. Gegen die ständig wachsende Peitsche der Unterdrücker und Ausbeuter schließt sich immer stärker der Ring ihrer Opfer zu einem Abwehrblock zusammen. So langsam die Einheitsfront marschiert, so fühlbar ist bereits ihr Druck auf die sabotierenden Apparate der Organisationen, die ihr heute noch widerstreben. Eine breite erste Welle der Abwehrbereitschaft beginnt sich auszubreiten. Allerorts setzt unter den Arbeiterorganisationen die erste Fühlungnahme ein. Dieser Bewegung das Ziel zu geben, ihr die Wege freizumachen, den Arbeiterabwehrblock mit allen Kräften zu fördern, das ist heute die Aufgabe der revolutionären sozialistischen Arbeiter, die Herbeiführung der gemeinsamen Abwehraktion ist das Gebot gegen die ungeheuerlichen Angriffe der bonapartistischen Diktatur!

Hitler und Scheringer verdunkeln die Wahrheit

Das Ergebnis des Münchener Prozesses

In München hatte sich in diesen Tagen der Schriftsteller Abel wegen Meineids zu verantworten. Wie erinnerlich, hatte Abel vor einigen Jahren in dem Prozeß Hitlers gegen Gröbe und die Münchener Post unter Eid ausgesagt, er wisse aus eigener Kenntnis, daß Hitler Auslandsgelder zur Finanzierung seiner Bewegung erhalten habe.

Gegen Abel war darauf Meineidsanzeige erstattet worden. In dem Prozeß, der jetzt in München stattfindet, spielen vor allem die Aussagen Hitlers und Scheringers eine Rolle. Beide bemühten sich mit Erfolg, die Wahrheit zu verdunkeln.

Besonderen Aufsehen erregte die Vernehmung Hitlers. Er gab die Erklärung ab, er habe

schon bald nach dem Kriege die Souveränität Italiens über Südtirol anerkannt, weil es zwecklos sei, an den Friedensverträgen zu rütteln.

Als Abels Verteidiger, Genosse Rosenfeld, Hitler auf diese politisch äußerst bedeutsame Erklärung festlegen und weitere Fragen an

ihn stellen wollte, zog Hitler sich aus der für ihn höchst unangenehmen Situation mit der Erklärung, er lasse sich nicht von jüdischen Rechtsanwälten ausfragen. Wegen dieser Zeugnisverweigerung und der Beleidigung wurde Hitler zwar zu 1000 Mark Ordnungsstrafe verurteilt, in die dunklen Hintergründe des Prozesses wurde aber kein Licht gebracht.

Höchst eigenartig war auch das Verhalten des Zeugen Scheringer. In dem zweiten Reichswehrprozeß — nach seinem Uebertritt zur KPD — hatte er erklärt, seine Aussagen im ersten Prozeß seien nur unter dem Druck des Rechtsanwalts Frank II zustande gekommen. Er halte Hitlers Legalitätsleid für einen Meineid. Als er in diesem Prozeß seine Aussage wiederholen sollte, weigerte er sich standhaft, gegen seinen ehemaligen Oberst auszusagen, und damit die Wahrheit zu retten.

Das Gericht hat Abel wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nachspiel zum Mord an Jakobowski

Meineidsverfahren gegen sozialdemokratischen Landrat

Die Neustrelitzer Staatsanwaltschaft, bekräftigt durch das Todesurteil gegen den Landarbeiter Jakobowski, dessen Schuld keineswegs erwiesen war, hat durch die Eröffnung eines Meineidsverfahrens gegen den sozialdemokratischen Landrat Dr. Foth dem alten Skandal einen neuen hinzugefügt.

Foth gab über die Hinrichtung, der er in amtlicher Eigenschaft beiwohnte, folgende Schilderung:

„Der Hinrichtungsmorgen war naßkalt, neblig, das Wetter schlecht und diesig. Es fror einen bis in das Mark der Knochen. Auf einem kleinen Nebenhof der Strafanstalt versammelten sich Gericht, Zeugen, Arzt, Kriminalisten und der Scharfrichter mit seinen Gehilfen. An der einen Längsseite stand das Gericht, drei hohe Richter, davor der Richtblock; an der Schmalseite, dem Richtblock zugewendet, die Zeugen. Neben dem Richtblock, im schwarzen Rock, mit steifem Hut, drei an der Zahl, die Gehilfen. Davor der Henker im Frack mit weißer Weste. Kindheitsphantasien vom Henker wurden wach. Der Morgen und die Umgebung gaben das Relief dazu.

Die Prozedur verzögerte sich, die Beteiligten wurden nervös. Der Oberstaatsanwalt Müller zum Direktor der Strafanstalt: „Warum wird der Delinquent nicht vorgeführt?“ Der Direktor entfernte sich und kehrt wieder. „Er erhält die letzten religiösen Tröstungen.“ Der Oberstaatsanwalt: „Darauf können wir nicht warten, er soll sofort vorgeführt werden!“ — Der Gefängnisdirektor verließ den Hof durch die Türe, die in das innere Gefängnis führt, und bald darauf kam Jakobowski. Vor und hinter ihm Gefängnis-

wärter, ihm zur Seite ging der Geistliche, ein Gebetbuch in der Hand...“

Oberstaatsanwalt Müller bestreitet jetzt, nach Jahren, diese Äußerung getan zu haben. Müller gehört zu jener Clique, die alles getan hat, um den wahren Tatbestand zu verdunkeln. Als sich im Jahre 1928 die wahren Schuldigen, Nogens, meldeten, wurde ihnen von Müller und seinen Freunden so lange eingeredet, daß sie sich irren müßten, bis sie schließlich ihr Geständnis fallen ließen. Jetzt sehen die Neustrelitzer Reaktionen den Augenblick, um gegen einen sozialdemokratischen Landrat vorzugehen. Sie fühlen sich ihrer Sache unter dem Schutze Hitlers sehr sicher.

Kapitalisten unter sich

Prozeß Caro—Petschek

Berlin, 14. Juni 1932.

Der Prozeß zwischen dem Erfinder des Verfahrens zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft, Geheimrat Caro, und Dr. Ernst Petschek, dem Sohn des tschechischen Kohlenmagnaten und Besitzers des ostelbischen Braunkohlensyndikats, der augenblicklich vor der Sonderstrafkammer in Berlin verhandelt wird, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Gepflogenheiten in schwerkapitalistischen Familien.

Der Rechtsstreit an sich ist uninteressant. Caro ist wegen Urkundenfälschung, versuchten Betruges und falscher eidesstattlicher Versicherung angeklagt. In dem Scheidungsprozeß zwischen Ernst Petschek und der Tochter Caros for-

derte Caro die Mitgift in Höhe von 400 000 Mark zurück. Petschek bestritt, das Geld bekommen zu haben, aber Caro will eine Quittung erhalten haben. Diese Quittung, die den Hauptgegenstand des Prozesses bildet, soll unter den abenteuerlichsten Umständen gefälscht worden sein.

Interessant wird der Fall erst durch die Interna aus dem Leben der Kapitalmagnaten, die hier zutage kommen. Professor Caro berichtet, wie er während des Krieges durch seine Erfindung, die für die Kriegsführung bei der Herstellung von Munition ungeheure Bedeutung erlangt habe, zu einem außerordentlich großen Vermögen gelangt ist.

Da er den Ausgang des Krieges auf Grund seiner intimen Kenntnisse vorausgesehen habe, seien sehr große Barmittel in seinem Hause aufbewahrt worden.

Daher habe er 1917 bei der Verlobung seiner Tochter Dr. Petschek

eine halbe Million als Notgroschen übergeben können, sein eigener durchschnittlicher Monatsverbrauch betrug 150 000 RM.

Caro und Petschek beschimpfen sich in dem Prozeß auf das wüteste und stellen sich gegenseitig als Lumpen hin. Wer der größere von beiden ist, ist ohne Interesse. Petschek ließ die Sekretärin Caros monatlang für sich arbeiten und gab ihr dafür 50 Mark.

Aber auch gegenseitig behandelten sich die Kapitalisten auf das skandalöseste. Nach der Trennung Petscheks von seiner Frau umgab Petschek seinen Schwiegervater mit einem Netz von Spionen und versuchte, ihm mit Hilfe eines gekauften Portiers die Kinder zu entführen. Eine Reihe von Detektiven spähte nicht nur Caro, seine Vermögensverhältnisse und seine Korrespondenz, sondern auch seinen Anwalt, Wolfgang Heine aus. Nebenbei wurden

Zeitungen und Abgeordnete gekauft, denn Geld spielte ja keine Rolle.

Petschek soll Caro anlässlich des Streiks in der Braunkohlenindustrie falsche Unterlagen gegeben haben. Auf Grund dieser falschen Unterlagen habe er dann die Notwendigkeit der von Petschek durchgeführten Kohlenpreiserhöhung als Antwort auf die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne im Jahre 1927 vertreten. Petschek habe diese ungerechtfertigte Preiserhöhung

ungeachtet des ungeheuren Elends, das durch den Bergarbeiterstreik verursacht worden war,

durchgeführt. Untreue, die Hunderttausende kostete, und Erpressungen gehören zu den mildesten Vorwürfen, die Petschek gemacht werden.

Caro gibt zu, gegen diese Machenschaften Petscheks einen

„balkanischen Rachefeldzug“

unternommen zu haben. Darüber, wie sich dieser millionenschwere Kapitalist dabei benommen hat, wird Petschek im Laufe des Prozesses, der vier Wochen dauern soll, noch allerhand Ergötzliches auspacken.

Reichsgericht bestätigt Todesurteile

Leipzig, 14. Juni 1932.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat zwei von den preußischen Reichsgerichten gefällte Todesurteile bestätigt.

Am 22. Januar 1932 hat der Arbeiter Paul Schimanski die Tochter seiner Dienstherrin durch mehrere Schläge auf den Kopf vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet, weil das Mädchen seine Liebesanträge entschieden und standhaft zurückgewiesen hatte. Er wurde

vom Schwurgericht Ebling am 14. März 1932 zum Tode verurteilt. Seine Revision wurde vom zweiten Strafsenat verworfen.

Am 18. Februar 1932 hat der Waldarbeiter Franz Gerhardt seine Frau durch Kopfschuß getötet. Den Leichnam hat er im Walde verscharrt. Er wollte die Frau beseitigen, um den Weg zur Ehe mit seiner Geliebten frei zu machen. Am 9. April 1932 wurde Gerhardt vom Schwurgericht in Tilsit wegen Mordes zum Tode verurteilt. Seine Revision wurde vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts verworfen.

24 Arbeiter unter Hochverratsanklage

Leipzig, 14. Juni 1932

Am Dienstag vormittag eröffnete Reichsgerichtsrat Coenders die Verhandlung im Hochverratsprozeß gegen Rabenmüller und 23 Genossen. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, Sprengstoffe in großen Mengen für umstürzlerische Zwecke der KPD methodisch gesammelt zu haben. Die Verhandlung wird voraussichtlich vier Wochen dauern. Es sind vier Sachverständige geladen. Verteidigt werden die Angeklagten durch Gen. Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Fritz Löwenthal aus Berlin und drei Leipziger Rechtsanwälte. Die Angeklagten Arnold und Blumentritt sollen 52,5 kg Sprengstoff aus einem Kalkwerk gestohlen haben. Der größte Teil der übrigen Angeklagten wird des Sprengstoffkomplots nach § 6 des Sprengstoffgesetzes beschuldigt, ebenso des Besitzes und der Bereithaltung von Schußwaffen.

Wo blieben die Devaheim-Millionen?

Berlin, 14. Juni

Im Devaheim-Prozeß wurde heute durch die Vernehmung des Angeklagten Claussen die Millionenverschwendung, die unter den Augen der kirchlichen Behörden jahrelang getrieben worden ist, in ein neues Licht gerückt.

Claussen sagte aus, daß die Anleihegelder der Hilfskasse zu 60 Prozent verwirtschaftet worden sind. Durch Privatgeschäfte mit dem Bankhaus Rambaum hat die Hilfskasse ein Defizit von 500 000 Mark erlitten.

So sind die schwer verdienten Groschen der kleinen Sparer von den geistlichen Herren „verwaltet“ worden.

Milde Strafanträge gegen Prügel-Pastoren

Im Waldhof-Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Franke neun Monate, gegen Stein und Benda je drei Monate, gegen Jaap zwei Monate, gegen Teschler ein Jahr Gefängnis, für Knoblauch Freispruch.

Dieser milde Antrag paßt sich durchaus in die Prozeßführung des Gerichts ein, die alle Beweisanträge Rechtsanwalt Löwenthals abgelehnt und diesen damit zur Niederlegung, der Verteidigung gezwungen hat.

Gegen den Verantwortlichen und Hauptschuldigen, Pfarrer Gruber, ist nicht einmal Anklage erhoben worden. Er bleibt Leiter der Anstalt und kann seine „Methoden“ weiter an wehrlosen Kindern ausprobieren.

Ein unerhörter Skandal, gegen den sich die sozialdemokratische Jugendamtsleitung bisher mit keinem Wort gewandt hat!

100%

QUALITÄT

Entscheiden Sie sich

darum für Juno.

dann haben Sie für niedrigen Preis eine vollwertige Cigarette in großem dicken Format und von köstlicher Frische

JUNO

kann dieses ihren Freunden bieten, weil sie weder Wertmarken noch Gutscheine noch Stickereien bringt.

Gibt es für Sie da eine andere Wahl?



6 STÜCK 20³

Was die Woche brachte

Widerstand der süddeutschen Länder

Das neue Übergangskabinett Papen stößt auf Widerstände, die es wohl nicht vorausgesehen hat und deren Ueberwindung ihm wohl noch manche Kopfschmerzen bereiten wird. Die „Opposition“ von Sozialdemokraten und Zentrum wird es allerdings nicht zu furchten brauchen, da sie sich in rein parlamentarischen Bahnen bewegt. Machen sich doch Kreise der bürgerlichen Mitte heute Gedanken darüber, ob Brüning als „Führer der Opposition“ auf der vordersten Bank der Zentrumsitze im Reichstag Platz nehmen wird oder nicht. Das sind schon Sorgen. Aber ernsthaft sind die Schwierigkeiten, die von den süddeutschen Ländern ausgehen.

Papen hatte den Plan, durch die Einsetzung eines Regierungskommissars an die Spitze Preußens seine reale Machtbasis zu erweitern und gleichzeitig zu verhindern, daß die Nationalsozialisten ihm auf dem Weg über Preußen völlig über den Kopf wachsen. Das Wesen des Papen-Kabinetts, die Nationalsozialisten auszunutzen für brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft, die Staatsgewalt ihnen aber nicht auszuliefern, sondern fest in den Händen der Junker und des Chemiekapitals zu halten, hat in den Augen seiner Träger noch immer nicht seinen provisorischen Charakter enthüllt. Papen verfolgte sein Ziel in Preußen mit dem Versuch, sich auf die süddeutschen Länder gegen Preußen zu stützen. Er berief deshalb am Sonnabend, den 11. Juni eine Konferenz der Länder, auf der er mit den Süddeutschen unter Ausschluß Preußens die entscheidende Frage lösen wollte. Die süddeutschen Staaten aber machten ihm einen Strich durch diese Rechnung und erzwangen die Eingliederung der preußischen Vertreter in die entscheidende Verhandlung, die daraufhin ohne den von Papen gewünschten Erfolg verlief. Die Regierungspresse, an der Spitze die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, tobte darüber. Die „DAZ“ spricht von einem „geradezu unverantwortlichen“ Vorgehen der Bayern und von einem „Kampf der Südstaaten gegen die Reichsregierung.“

Der bayerische Ministerpräsident Held soll sogar in einer Besprechung am Sonntag dem Reichskanzler erklärt haben, ein Reichskommissar für Bayern habe in dem Augenblick, wo er die Grenze überschreitet, mit seiner Verhaftung zu rechnen. Ein weiterer Angriff der Süddeutschen am Sonnabend richtete sich gegen die Währungs politik der Regierung. Es wurde mitgeteilt, daß in Süddeutschland bereits ein Sturm auf die Sparkassen stattgefunden habe.

Der Rundfunk den Nazis

Inzwischen werden auch die Nazis immer dringender. Hitler, der bekanntlich von Papen sofort das Recht zur Parteipropaganda im Rundfunk verlangt und erhalten hat, spricht nicht selbst. Er läßt sein Manuskript nicht vorher korrigieren und wartet auf die Stunde, wo er die Rundfunkmanuskripte der anderen korrigiert. Bis dahin kann Strasser reden. Ein deutliches Zeichen, daß die Nationalsozialisten sich ihre vorläufige Tolerierung des Papen-Kabinetts nicht so billig abkaufen lassen, wie die Sozialdemokratie die Tolerierung jenes Kabinetts, das Papen den Weg bereitete. Sie werden fordern und ihre Forderungen nach jeder Erfüllung steigern. Wohin das führt, ist klar: an die Stelle, wo Papen zur Kapitulation vor den Nazis oder zur Auseinandersetzung mit ihnen gezwungen wird.

Einstweilen allerdings hat die Regierung selbst den Rundfunk, rücksichtslos selbst, als man es bisher gewohnt war, in ihren Dienst gestellt. Sie hat für jeden Tag eine Stunde auf sämtlichen deutschen Sendern für Propagandareden der Reichsregierung beschlagnahmt. — Sie scheint das nötig zu haben.

Partei Gründungen en gros

Die sogenannten bürgerlichen Parteien der Mitte machen verzweifelte Anstrengungen, aus der hoffnungslosen Situation, in der sie sich befinden, einen Ausweg zu suchen. In Gießen hat Prof. Horneffer mit einer Gruppe Wirtschaftsparteiler eine neue Sozialliberale Partei gegründet, die sich den Kampf gegen den Sozialismus in jeder Form zum Programm macht.

In Anhalt hat sich der dortige Bezirk der Deutschen Volkspartei als Nationalliberale Partei selbständig gemacht.

Ferner wird die Gründung einer neuen Mittelpartei geplant. Urheber dieses Gedankens sind Dr. Solf, der frühere deutsche Botschafter in Japan; Dr. Jarrés, Hinderburgs Platzhalter im ersten Präsidentenwahlkampf

1926; Dr. Eckener, vor dessen Namen alle deutschen Herzen höher schlagen; Geheimrat Wildhagen, Leipzig, Vorsitzender des Anwaltsvereins beim Reichsgericht, der kürzlich in einer offiziellen Rede auf dem Deutschen Juristentag die Rache an Frankreich forderte, als Scharfmacher bekannt; und schließlich der Ehrenpräsident der Handwerks- und Gewerbetkammer Plate. Den von der Geschichte zorriefenen deutschen Liberalismus werden auch sie nicht retten können.

Elserne Front im nationalen Wettlauf

Die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner haben noch immer nicht begriffen — und ihre Führung wird es wohl auch nie begreifen — daß heute die zentrale Aufgabe aller proletarischen Organisationen ist, eine im außerparlamentarischen Abwehrkampf einheitlich operierende antifaschistische Proletarierfront zu schaffen. Herr Höltermann schmetterte im hessischen Wahlkampf in Darmstadt den folgenden Satz als den Inbegriff seiner politischen Weisheit heraus:

„Wenn das eine Regierung der nationalen Konzentration sein soll, so sind wir in der einern Front die wahrhaft nationale Opposition.“

In dieser Situation den Wettlauf mit Papen und Hitler um den Grad der nationalen Zuverlässigkeit fortzusetzen, statt den Klassengegensatz herauszuarbeiten, den Klassenwiderstand mit aller Kraft zu stärken — das ist politisches Verbrechen.

Die Regierung stellt sich vor

Die Reichsregierung hat im Laufe der letzten Woche zwei große programmatische Reden halten lassen. Am Donnerstag sprach der Innenminister von Gayl vor dem Reichsrat, am Sonnabend der Reichskanzler von Papen im Deutschen Landwirtschaftsrat. Papen kündigte noch einmal eine „grundsätzlich neue Linie der Staatsführung“ als seine Aufgabe an. Wie dieser grundsätzlich neue Kurs aussieht, hat er dann noch einmal deutlich gesagt. Auf allen Gebieten fast sei „die Lage verzweifelt“, und infolgedessen müßten „schwere persönliche Opfer, Entsayungen und Entbehrungen“ dem Volke auferlegt werden. Was das heißt, ist klar. Gleich darauf aber verwahrt sich Herr

von Papen gegen „die Unterstellung, daß die Haltung der Regierung unsozial sei“. — Der deutlichste Kommentar zu dieser „Verwahrung“ des Herrn Papen ist die Notverordnung.

Herr von Gayl kündigte, wenn auch in sehr vorsichtigen Wendungen, eine Verfassungsreform an. Wenn er einmal sagt, daß er „pflichtgemäß“ der Hüter der Weimarer Verfassung sei und dann als seine „persönliche, in langen Jahren selbst erworbene Ueberzeugung“ erklärt, daß „die Monarchie die angemessenste Staatsform für Deutschland sei, und daß er sich stets „dankbar bewußt“ sei „der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses“ — dann genügt das wohl. Hier „pflichtgemäß“ — dort das Herz. Was spielt es demgegenüber für eine Rolle, wenn er hinzufügt, daß die Frage der Staatsform gegenwärtig gar nicht aktuell wäre. — Der Kurs ist klar.

Sie fühlen sich als Staatsmiliz

In Holzminden in Braunschweig wurde am Sonnabend die Polizei, die von Übungen heimkehrte, von der SA mit Faschistengruß empfangen und unter Heilrufen auf Hitler bis zur Kaserne begleitet. Die SA fühlt sich schon als neue Staatsmiliz. Unterstrichen wird das durch die Neueinkleidung der SA-Truppen, die gegenüber der bisherigen Uniform eine engere Anlehnung an die Reichwehruniform bringt. Wenn in Hugenbergs „Nachtausgabe“ ferner mitgeteilt wird, daß die SS außer Dienst eine schwarze Hose mit langen Biesen tragen werde, so ist das auch bezeichnend. Uniform nicht nur bei Aufmärschen und Zusammenkünften der Hitlerschen Privatarmee, sondern auch außer „Dienst“ — das ist vielleicht das charakteristischste Zeichen für die Einschätzung der Lage und die Absichten der Hitlerschen Privatarmee, das Hinsteuern auf den staatlichen Charakter der Verbände.

Widerstandswille bei den christlichen Arbeitern

Die christl. Gewerkschaften haben auf einer Groß-Berliner Vertrauensmännerversammlung am Donnerstag erklärt, daß „die Pläne der Reaktion nur abgewehrt werden können, wenn die Arbeitermassen ihre Interessen aktiv verteidigen“. Durchaus richtig. Aber es fragt sich da, was unter Aktivität verstanden

wird. Die Zentrums-„Opposition“ im Reichstag ist nicht die Aktivität der Arbeitermassen. Wenn aber so etwas auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften gesagt wird, dann ist es ein Zeichen dafür, wie stark der Wille zu wirklicher außerparlamentarischer Aktivität auch bereits in den Reihen der christlichen Arbeiter verwurzelt ist. Es wird die Aufgabe der Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei sein, überall, wo sie solche Strömungen finden, an sie anzuknüpfen und die christlichen Arbeiter in die aktive antifaschistische Klassenfront nach Möglichkeit einzureihen.

KPD-Beschluß gegen Putschaktionen

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist inzwischen deutlich abgerückt von den provokatorischen Putsch- und Plünderungsplänen, die der Kommunistischen Partei von bürgerlicher Seite unterstellt wurden. Hoffentlich hat die Zentrale aber auch die Kraft, sich gegenüber solchen von Spitzein geschätzten, aber durch die Politik der KPD-Leitung unbewußt geförderten Strömungen in der KPD durchzusetzen.

Zentrumskurs auf Papen

Wie die „Opposition“ des Zentrums gegen die Papen-Regierung aussieht, zeigte deutlich die Sitzung des Zentrumsparteiorgans am Mittwoch. Dort erklärte Joss, so etwas wie ein linker Flügelmann, als das Ziel des Zentrums, daß „Deutschland ein Staat werde in christlichem und deutschem Sinne“ und daß zum „Ausgangspunkt“ der weiteren Entwicklung werden müßten „Ordnung und Freiheit auf der Grundlage der Volkskräfte und in der Autorität Gottes“. Ungefähr so sagen Herr von Papen und Herr von Gayl es auch. Aus diesen Worten des Zentrums spricht weniger das Bedürfnis einer Abgrenzung gegen die Papen-Regierung als vielmehr das Bedürfnis, sich als deren — gewiß nicht unreason ge lieferte — Stütze in Erinnerung zu bringen für den Fall, daß Herrn Papen die Nazis doch zu sehr auf die Nerven fallen.

Regierungsnöte in Bayern

In Bayern ist noch immer keine neue Regierung zustande gekommen. Die Absicht der Bayerischen Volkspartei, eine von den Parteien angeblich unabhängige Persönlichkeitsregierung — Muster Papen — zu bilden, ist bisher am Widerstand von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gescheitert.

Ein Provokateur und Schwindler

Der frühere hessische Naziabgeordnete Buttler ist jetzt als Provokateur und Schwindler entlarvt worden. Er hatte sich selbst einen Schuß beigebracht und dann behauptet, er sei von Reichsbanner angefallen worden. Der Schwindel wurde aufgedeckt und Buttler wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er wird noch eine ganze Anzahl solcher Fälle geben, die dann prompt im „Völkischen Beobachter“ unter der Ueberschrift „Rot-Mord“ erscheinen.

Karl Moor gestorben

Ein alter Vorkämpfer des Sozialismus, Karl Moor, ist hochbetagt am 13. Juni in Berlin gestorben. Moor entstammte einer reichen Wiener Familie und fand schon in jungen Jahren den Weg zum Sozialismus. In der Hauptsache wirkte er in der Schweiz, wo er zu den Gründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörte. Im Jahre 1918 schloß sich Moor der Kommunistischen Partei an. Er weilte mehrere Jahre in Rußland und siedelte später nach Berlin über. Der Kommunistischen Partei gehörte er in den letzten Jahren nicht mehr an. Moor erreichte ein Alter von achtzig Jahren.

Generalstreik in Argentinien?

TU. Buenos Aires, 14. Juni 1932
Die Arbeitergewerkschaft beschloß am Montag einen 24stündigen Generalstreik, der am heutigen Dienstag beginnen soll. Die Gewerkschaft hofft, für die Dauer des Streiks den Verkehr im ganzen Lande lahmlegen zu können. Als Grund für den Streik wird das langsame Arbeiten der Behörden in der Provinz Buenos Aires bei der Beilegung von Arbeits- und Lohnstreitigkeiten angegeben.
Der letzte Teil der Meldung erscheint völlig unwahrscheinlich. Es dürften ganz andere Gründe sein, die die Arbeiterschaft veranlassen, zu ihrer schärfsten Kampf-Waffe zu greifen.

Nazi- und SPD-Parlamentarismus

Der nationalsozialistische preußische Landtagspräsident Kerrl hat den deutschen „Republikanern“ — wie sie sich immer stolz nennen — Anschauungsunterricht gegeben, wie man parlamentarische Institutionen und Positionen zur Verstärkung der eigenen Machtbasis im Volke ausnutzen kann, während die Herren Republikaner bisher nur verstanden haben, diese Positionen zu ihrer eigenen Diskreditierung im Volke zu benutzen. Papen hatte sich wegen der Einberufung des Landtages nicht an die geschäftsführende preußische Regierung gewandt, wie das bisher üblich war, sondern an den Nazi Kerrl. Die preußische Regierung hat dagegen protestiert. Kerrl schrieb daraufhin einen groben Brief an die preußische Regierung, in dem folgender bezeichnender Absatz steht:

„Weiter ist der geschäftsführende Ministerpräsident, wie ich ebenfalls nur aus der Presse ersehe, abwesend, ohne daß man festgestellt hat, wo er sich zurzeit aufhält. Der geschäftsführende Ministerpräsident hat es nicht für nötig gehalten, mir irgendeine Nachricht über seine Abwesenheit zugehen zu lassen, obwohl nach den Gepflogenheiten und der Geschäftsordnung des Landtages jeden Urlaub eines Abgeordneten bis zu einer Woche der Präsident und darüber hinaus der Landtag zu erteilen hat.“

Hätten die sozialdemokratischen Parlaments-Machtpositionen jemals so die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung gewahrt, wie es hier in demagogischer Absicht und gewiß nicht aus Parlamentsfreundlichkeit der Nazipräsident tut, so hätte sich noch in letzter Minute vom Parlament aus der außerparlamentarische Widerstand gegen den faschistischen Kurs entfesseln lassen. Es war die Pflicht Löbes, die verfassungswidrige Auflösung des Reichstages mit dessen sofortiger Einberufung zu beantworten, statt feige vor der Auflösungsorder zu kapitulieren. Aber die klare Erkenntnis, daß die Konsequenz eines solchen Schrittes das

Hinaustragen der Abwehraktion aus dem Parlament ins Proletariat

sein mußte, dürfte ausschlaggebend für die Kapitulation der SPD gewesen sein, die die Revolution mehr haßt als selbst das Papen-Regime.

So hat die SPD die letzte Chance, die sich von dieser Seite bot, verpaßt und ist damit nicht einmal zum Führer der nurparlamentarischen Oppositionsbewegung geworden. Diese hat vielmehr Herr Brüning an sich gerissen, indem er — gewiß ein ungewöhnlicher Akt — im Namen der zurückgetretenen Regierung eine Gegenerklärung gegen die Papensche Regierungserklärung abgegeben hat.

Herr Brüning nun als den Vorkämpfer des Widerstandes gegen die Papen-Regierung anzusehen, wäre natürlich grotesk. Wenn auch das Zentrum parlamentarisch gesehen ungleich mehr Mut zeigt als die SPD, so wird es selbstverständlich genau wie diese vor dem notwendigen Umschlag auch eines parlamentarischen Widerstandes in den außerparlamentarischen revolutionären Kampf bedingungslos zurückweichen. Sein Ziel ist letzten Endes nicht der wirkliche Widerstand gegen den Faschismus, — weil er der Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft ist — sondern die Wiedereroberung seiner bisherigen ausschlaggebenden Stellung im Unterdrückungsapparat der deutschen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

Hitler und Göring beim Reichskanzler

Am Montag empfing der Reichskanzler Adolf Hitler und den Abgeordneten Göring. In der Unterredung wurde die Frage der neuen Notverordnung über die Aufhebung des SA-Verbots, sowie die Frage des Arbeitsdienstes erörtert.

